Kandidaten zur Bundestagswahl begründen parteiübergreifend 'Bürgerenergie-Fraktion'

Kandidaten zur Bundestagswahl begründen parteiübergreifend "Bürgerenergie-Fraktion"

Parteiübergreifende "Fraktion für Bürgerenergie" fordert dezentrale Energiewende. Mit dabei: Bundestagskandidaten von CDU/CSU, SPD, Grünen, Linke, FDP, Piratenpartei, Freien Wählern und ÖDP
Über 430 Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag haben inzwischen eine "Energiewende-Charta" unterzeichnet, die von der Kampagne "Die Wende - Energie in Bürgerhand" in Umlauf gebracht wurde. Darin fordern sie eine konsequente, dezentrale und gerechte Energiewende in Bürgerhand. Die Kampagne wurde vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der GLS-Bank-Stiftung, dem Netzwerk Energiewende Jetzt, der Bürgerenergie Berlin, der 100 prozent erneuerbar stiftung und der Haleakala-Stiftung ins Leben gerufen.
Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger begrüßte die zunehmende Unterstützung der Bürgerenergie-Kampagne: "Die Vertreter der alten Energiewirtschaft haben es offen angekündigt: Nach der Bundestagswahl wollen sie die Energiewende abbremsen. Einige stellen den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sogar komplett in Frage. Indem sich immer mehr potentielle Abgeordnete des Deutschen Bundestages hinter den von den Bürgerinnen und Bürgern verantworteten Ausbau der erneuerbaren Energien stellen, erhöht sich die Chance, die dezentrale Energiewende erfolgreich gegen alle Frontalangriffe zu verteidigen."
Der CDU-Bundestagskandidat Ingbert Liebing analysierte den Erfolg von Bürgerwindparks in seiner schleswig-holsteinischen Heimat: "In meinem Wahlkreis Nordfriesland und Dithmarschen-Nord haben wir seit 20 Jahren beste Erfahrungen mit Bürgerwindparks gemacht. Inzwischen wird dieses Modell auch auf Biogas- und Photovoltaikanlagen angewendet. Die Wertschöpfung bleibt in der Region. Die Menschen profitieren von dieser Entwicklung, gestalten sie mit und verdienen daran. Dies steigert auch die Akzeptanz für die Energiewende. Dieses Entwicklung, gerade in Nordfriesland mit über 90 Prozent Bürgerwindparks, zeigt: Bürgerbeteiligung ist möglich und sie funktioniert bereits heute. Dieses Modell kann Vorbild für weiteres Wachstum sein."
Dem SPD-Bundestagskandidaten Matthias Miersch liegt der Genossenschaftsgedanke ebenfalls am Herzen: "Die Energiewende bietet die gute Gelegenheit, die Energieversorgung vom Kopf auf die Füße zu stellen - hin zu Dezentralität und Renaissance des Genossenschaftsgedankens", sagte er.
Eva Bulling-Schröter, Kandidatin der Partei "Die Linke", betonte die Chancen für die Kommunen: "Energie in Bürgerhand ist nicht nur die Solaranlage auf dem eigenen Dach. Ökostrom, Energieeffizienz und Nachfragemanagement sind erstklassige Geschäftsfelder auch für Stadtwerke und Gemeinden."
Für Hans-Josef Fell, Bundestagskandidat von Bündnis 90/Die Grünen, ist der Klimaschutz ein wesentliches Motiv für die Beteiligung der Bürger an der "Energiewende von unten". Fell: "Wenn wir dem Klimawandel und steigenden Rohstoffpreisen etwas entgegensetzen wollen, muss die Energieversorgung künftig hundertprozentig erneuerbar sein. Im Gegensatz zu den Großkonzernen haben viele Menschen das begriffen. Sie investieren unter anderem in Bürgerenergiegemeinschaften und in Anlagen zur Erzeugung von Wind- und Solarstrom. Dieser Weg muss unbeirrt fortgesetzt werden."
Der CSU-Bundestagskandidat Josef Göppel berichtete vom Erfolg der Bürger-Energiewende in der Nürnberger Region: "Bürger in ganz Deutschland tragen bereits jetzt zum Erfolg der erneuerbaren Energien bei, mit über 650 Energiegenossenschaften und mehreren hundert Bürgerenergieprojekten in anderen Rechtsformen. In Süddeutschland ist die Stromerzeugung zu einer wahren Volksbewegung geworden. Der nächste Schritt ist die Vermarktung der selbst erzeugten Energie in Bürgerhand. Regionale Anbietergemeinschaften sind die beste Lösung. Ein Beispiel ist die Energiegenossenschaft Ansbacher Land, eine Stadt-Land-Partnerschaft rund um Nürnberg. Die deutsche Siedlungsstruktur macht solche Lösungen in vielen Regionen möglich."
Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger verwies auf die umweltpolitische Bedeutung einer "Fraktion für Bürgerenergie": "Eine sehr große Zahl potentieller Parlamentarier befürwortet die demokratisch organisierte Energiewende. Wenn sie gewählt werden, muss uns um die Zukunftsfähigkeit dieses Landes nicht bange sein. Eine schnellstmögliche hundertprozentige Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien wird dann die politische Unterstützung bekommen, die sie benötigt."
Weitere Informationen zur Kampagne "Die Wende - Energie in Bürgerhand": http://www.die-buergerenergiewende.de/
Die Energiewende-Charta der Kampagne "Die Wende - Energie in Bürgerhand finden Sie unter: http://www.die-buergerenergiewende.de/charta/
Alles zur "Fraktion für Bürgerenergie" und die komplette Liste der unterstützenden KandidatInnen finden Sie unter: http://www.die-buergerenergiewende.de/fraktion-fuer-buergerenergie/

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

fabian.zuber@die-buergerenergiewende.de bzw. Thorben Becker, BUND-Energieexperte, Tel. 0173-6071603, E-Mail: thorben.becker@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

fabian.zuber@die-buergerenergiewende.de bzw. Thorben Becker, BUND-Energieexperte, Tel. 0173-6071603, E-Mail: thorben.becker@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an.Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands.Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.